PRESSEMITTEILUNG

PRESSEMITTEILUNG

Bildungspolitik

Nr. 465/16 vom 14. Oktober 2016

Heike Franzen zu TOP 46: Diese Kleinstoberstufen gehen zu Lasten eines guten Angebotes der Profilvielfalt

Es gilt das gesprochene Wort
Sperrfrist Redebginn

Liest man den Bericht zur Entwicklung der neuen Oberstufen an Gemeinschaftsschulen könnte man glauben, die Welt der Oberstufen ist in Ordnung. Da wird sich die Welt schön geschrieben. Sachlichkeit hat in den Textteilen des Berichtes nicht im Vordergrund gestanden. Dazu will ich nur eines von vielen Beispielen nennen: Da steht auf Seite 15:

„Viele Gemeinschaftsschulen haben eine Ausnahmegenehmigung zum Verzicht auf Einrichtung eines sprachlichen Profils.“ Dass es nicht alle sind, hängt mit den Gemeinschaftsschulen zusammen, die vorher eine Gesamtschule waren. Hier wird tatsächlich ein sprachliches Profil angeboten.

Schaut man sich das Zahlenwerk am Ende des Berichtes genauer an,, stellt man fest: Von den neuen Oberstufen, um die es in diesem Bericht ja gehen soll, erfüllt nicht eine einzige die entsprechende Landesverordnung zu den Pflichtprofilen, die grundsätzlich einzurichten sind. Dass alle neuen Oberstufen diese Ausnahmeregelung erhalten haben, kann ja aber nicht im Sinne des Erfinders sein. Wie sieht die Situation der neuen Oberstufen denn nun aus? Die Landesregierung sagt alles ist bestens.

Pressesprecher Dirk Hundertmark Landeshaus, 24105 Kiel
Telefon: 0431 988-1440 Telefax: 0431-988-1443 E-Mail: info@cdu.ltsh.de Internet: http://www.cdu.ltsh.de

Von den 17 neuen Oberstufen schaffen es bisher 5 nicht die Mindestgröße von 50 in der Einführungsphase zu erfüllen, eine kommt exakt auf 50, fünf liegen zwischen 50 und 60 Schülerinnen und Schülern – 60 wären schon notwendig um dauerhaft zwei Profile sicherstellen zu können – und gerade einmal zwei Oberstufen haben mehr als 60 Schülerinnen und Schüler in der Einführungsphase. Und wozu führen diese Zahlen? Hier drei Beispiele: Die Schule am Burgfeld hatte 2014 31 Schülerinnen und Schüler in der Einführungsphase gehabt, davon sind in diesem Jahr noch 19 in der Qualifikationsphase zwei; die Oberstufe in Nortorf hatte 2014 21 Schülerinnen und Schüler aufgenommen, davon sind in diesem Jahr noch 14 in der Oberstufe und in Handewitt waren es 2013 31 von denen waren noch zehn Schülerinnen und Schüler übrig. Alle drei Oberstufen bieten drei Profile an.

Solche Klassengrößen sind an unseren Grundschulen undenkbar. An einer Oberstufe im 13. Jahrgang kann man es aber den Kindern nicht zumuten einen anderen Schulstandort zu besuchen. Das ist schon skurril. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass die bestehenden Oberstufen durchaus in der Lage gewesen wären, diese Schülerinnen und Schüler aufzunehmen. Das hätte auch den positiven Effekt gehabt, dass es mehr Möglichkeiten gegeben hätte, unterschiedliche Profile anzubieten, z.B. sprachliche Profile. Mal ganz abgesehen davon, dass auch einige Schulträger tief in die Tasche gegriffen haben, um eine neue Oberstufe zu ermöglichen. Auch hier ein Beispiel: Bordesholm hat bisher über 3 Mio. € ausgegeben. In diesem Jahr sind dort 33 Schülerinnen und Schüler in der Einführungsphase und es ist bereits das dritte Jahr. Wird sich hier die Oberstufe halten können?

An dieser Stelle hat das Land eine schwerwiegende Entscheidung zu treffen. Wir haben in der Vergangenheit immer wieder auf diese Probleme hingewiesen. Kooperationen mit bestehenden Oberstufen wären der bessere Weg gewesen, sowohl für die Schulen, als auch für die Schulträger als auch insbesondere für die jungen Menschen, die ihr Abitur machen wollen. Und die Ministerin hebt im Fazit ihres Berichtes übrigens den guten Erfolg der Kooperationen der Schulen hervor.

Die Behauptung, dass die Errichtung der neuen Oberstufen keine nachteiligen Auswirkungen auf die Unterrichtsversorgung insgesamt habe ist schon kühn und im Übrigen auch falsch. Jede neue Oberstufe benötigt mindestens 10,5 Planstellen für 14 Fächer, egal wie viele Schülerinnen und Schüler unterrichtet werden.

In der Oberstufe in Nortorf müsste daher auf eine Lehrkraft 14 Schülerinnen und Schüler kommen, davon träumen andere Schulen. Und natürlich wirkt sich das auf die Unterrichtsversorgung aus. Und um den Unterricht überhaupt

sicherstellen zu können, müssen Gymnasiallehrkräfte aus anderen Oberstufen aushelfen. Wenn das auch nicht mehr reicht, dann werden eben auch Realschullehrkräfte in der Einführungsphase und im ersten Jahr der Qualifikationsphase eingesetzt. Sie wollten den großen Wurf, jetzt ist ihnen das Projekt auf die Füße gefallen. In diesem Land soll jedes Kind die Chance auf den höchsten Bildungsabschluss haben. Um dafür die Qualität sicherstellen zu können, brauchen wir aber keine Mini-Oberstufen, sondern ein gutes Angebot an Oberstufen mit Profilvielfalt.